

Streit ums „gläserne Gemeindezentrum“

Bevor Ralph Giordano den Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld [kritisierete](#), war alles anders. Damals galt jeder, der das Bauvorhaben ablehnte, als Nazi und Rassist. So auch am letzten Dienstag vor dem Kölner Rathaus. Die Anwohnerinitiative gegen den Bau protestierte, weil die Stadt 7.000 der gesammelten 23.000 Stimmen für eine Bürgerbefragung für ungültig erklärt hatte, und so die notwendige Zahl von 20.000 Unterschriften unterschritten wurde.

Erwartungsgemäß kamen auch viele, die den bevorstehenden Holocaust an Kölner Muslimen durch den Nichtbau des „gläsernen Gemeindezentrums mit ein paar angeschlossenen Gebetsräumen“ verhindern wollten. PI bemühte sich, Stimmen beider Seiten zu hören, was sich zeitweilig etwas schwierig gestaltete.

Anwohner in der Klemme

Das Dilemma im Kölner Moscheenstreit liegt darin, dass die Grenzen zwischen der Anwohnerinitiative und der einzigen sie unterstützenden Partei [„Pro Köln“](#) nur schwer zu erkennen sind. Nach dem Schulterschluss aller übrigen Parteien **für** den Moscheebau, blieb den Anwohnern, die wohl zu Recht davon ausgehen, eine große schweigende Mehrheit Kölner Bürger zu vertreten, keine Wahl, als die organisatorische Unterstützung der umstrittenen Rechtspartei anzunehmen, oder mit ihrem Anliegen von vorneherein zu scheitern.

Pro Köln aber genießt in der Stadt keinen guten Ruf. Eine unrühmliche Geschichte, angefangen von der früheren NPD-Kandidatur von [Manfred Rouhs](#), über die Vorgängerorganisation „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die Kopfgelder auf untergetauchte Asylanten aussetzte, bis zum wiederholten

Auftauchen von ganz weit Rechten bei Veranstaltungen der Partei, gelingt es Pro Köln, wo auch ehemalige Republikaner vertreten sind, nicht, den Mief des Braunen loszuwerden. Auch die Argumentation gegen die Moschee basiert weniger auf einer Kritik der freiheitsfeindlichen islamischen Ideologie als auf einer diffusen Abwehr von „Überfremdung“. Mit einer inzwischen offenbar aufgegebenen Kampagne gegen den Bau eines jüdischen Museums auf dem Rathausvorplatz (da wo unser Film entstand), manövrierte man sich weiter ins Abseits.

Auch wenn die Beteiligung von Pro Köln, die manchmal eher schon Federführung genannt werden muss, möglicherweise manchen Islamkritiker abgehalten hat, sich gegen den Moscheebau zu engagieren, bleibt festzustellen, dass 23.000 Unterschriften zusammen kamen. Das ist weit mehr, als die 16.000 Stimmen, mit denen Pro Köln in den Rat der Stadt einziehen konnte. Dass der Widerstand gegen den Bau also nur von Anhängern der kleinen rechten Partei getragen würde, ist Unfug, aber die Verbindung vereinfacht das Denken für alle, die es beim denken gern einfach haben.

Gegen Nazis und Nichtschwimmer

Ganze Schulklassen kamen am letzten Dienstag zum Rathaus, um der gefühlten „Gefahr von rechts“ zu begegnen. Dort lernten sie unter fachkundiger Anleitung linker Autonomer gleich den praktischen Umgang mit Andersdenkenden in der Demokratie. Merkwürdig, dass demokratische Parteien wie die SPD, vertreten durch mehrere Jusos, wenn sie Bürger wegen ihrer Kontakte zu Rechten als Nazis verunglimpfen und auch für körperliche Angriffe vogelfrei erklären, keine Probleme mit den eigenen gewaltbereiten Bundesgenossen haben.

Auch das PI-Team geriet im Laufe der Veranstaltung unter den hysterischen Generalverdacht „Nazi“. Vorher freundlichen Gesprächspartnern genügte der Ausspruch des Zauberwortes, um in aggressiver Weise die Löschung ihrer bereits gegebenen Interviews zu fordern. Aus einer etwas abseits stehenden

dritten Demonstration von Nippeser Rentnern, die für den Erhalt ihres Schwimmbades demonstrierten, ging man gar in sportlicher Weise körperlich gegen uns vor, bevor wir noch unsere Fragen stellen konnten. Linke hatten uns zuvor berichtet, die Freunde des temperierten Badens hätten sich solidarisch dort plaziert, um den Moscheegegnern diesen Platz wegzunehmen.

Ob sie uns nun tatsächlich aufgrund der Verleumdung der Autonomen für Nazis hielten oder einfach nur für Nichtschwimmer, konnte in der allgemeinen Aufregung nicht ermittelt werden. Tatsache ist, die rüstigen Rentner wurden die eigentlichen Gewinner des Tages, denn ihr handgreiflicher Einsatz wurde belohnt. In der folgenden Ratssitzung wurde der Erhalt ihres Bades auf Steuerkosten von SPD, Grünen und Linkspartei gegen die Stimmen der CDU und FDP beschlossen. Und wenn sie jetzt fragen, wie Pro Köln in dieser Sache gestimmt hat: Pro-Köln gibt es in Wirklichkeit garnicht. Im betreffenden [Artikel des Kölner Stadtanzeigers](#) jedenfalls kommen die Stimmen dieser Fraktion nicht vor. Vielleicht haben die Redakteure aber auch nur beschlossen, dass das ihre Leser nicht zu interessieren hat. Gegen wen hätte man denn sonst demonstriert?

Den Nippeser Rentnern jedenfalls gönnen wir den Erfolg von ganzem Herzen. Wir sind nämlich nicht nachtragend, solange die Kamera heil bleibt. Und wer weiß ... vielleicht dürfen wir ja beim nächsten mal eine Frage stellen. Wenn sie wieder da stehen und schimpfen, weil die besten Zeiten in ihrem Bad für Muslime reserviert werden. Denn in Nippes gründete Metin Kaplan einst seinen Kalifatstaat und die Anhänger sind immer noch da. Und wenn die mal Lust auf ein paar Bahnen Freistil kriegen, dann bestimmt nicht mit den Ungläubigen.

UPDATE:

1) Es gibt im Internet eine Gegendarstellung von Manfred Rouhs zum zitierten Wikipediaartikel, die wir unseren Lesern

selbstverständlich ebenfalls zur Kenntnisnahme empfehlen:
[Manfred Rouhs: „Wikipedia hetzt“](#). Danke für den Hinweis!

2) Das Bürgerbegehren wurde vom Rat der Stadt Köln für [ungültig erklärt](#).

3) Der Dicke, der bei den Nippeser Schwimmern auf die Kamera losgeht, ist nicht, wie wir ursprünglich angenommen hatten der Kollege Michael Moore, sondern der Kölner Ratsherr Claus Ludwig ([Gemeinsam gegen Sozialraub](#)) von der Linkspartei, der den Rentneraufstand organisiert hat, und wohl in Sorge war, „seine Rentner“ könnten etwas Falsches auf unsere Fragen antworten.